

Wandel der Arbeitswelt – Ökonomische Transformationen, Gewerkschaften und soziale Ungleichheit seit den 1970er Jahren

Ein Graduiertenkolleg als Kooperationsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte, des Zentrums für Zeithistorische Forschung und des Instituts für soziale Bewegungen

I. Thema und Forschungsgegenstand

Wie eine Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD; Organisation for Economic Co-operation and Development) über die ökonomische Situation in 34 Industriestaaten zwischen 1995 und 2015 konstatiert, haben die Segmentierung und soziale Polarisierung der Arbeitsmärkte rasant zugenommen. Während neue Arbeitsplätze im Hoch- und Niedriglohnssektor entstanden, reduzierte sich die Anzahl typischer Mittelklassenberufe signifikant um fast acht Prozent.¹ Folglich stehen gut bezahlte und hoch qualifizierte Spezialisten einer wachsenden Zahl prekär beschäftigter und schlecht entlohnter Erwerbstätiger gegenüber. Noch immer stellt die Erwerbsarbeit für die absolute Mehrheit der Bevölkerung die ökonomische Basis ihrer Existenz dar; die Arbeitsbedingungen bestimmen folglich das Alltagsleben in hohem Maße. Deshalb hat die wachsende Spaltung der Arbeitsmärkte weitreichende gesellschaftliche Auswirkungen.

Bereits infolge der 2008 von der Finanzkrise hervorgerufenen Verwerfungen wurden die Arbeitswelt, die sich verändernden Formen von Erwerbstätigkeit und die damit einhergehenden sozialen, genderspezifischen und globalen Ungleichheiten in der öffentlichen Diskussion wieder breiter thematisiert.² Neben diesen

¹ Die Studie ist online einsehbar unter: OECD Employment Outlook 2017, OECD Publishing, Paris; www.dx.doi.org/10.1787/empl_outlook-2017-en. Eine deutsche Zusammenfassung findet sich hier: www.oecd.org/berlin/publikationen/Editorial-and-executive-summary-DE.pdf [beides 28.6.2018].

² Vgl. Stephan Lessenich, *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*, Berlin/München 2016; Thomas Piketty, *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München 2014; Wolfgang Schroeder/Claudia Bogedan (Hrsg.), *Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert. Bausteine einer Arbeitsgesellschaft*, Baden-Baden 2015; aus historischer Perspektive vgl. Friedrich Lenger/Dietmar Süß, *Soziale Ungleichheit in der Geschichte moderner Industriegesellschaften*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 54 (2014), S. 3-24; Thomas Mergel, *Gleichheit und Ungleichheit als zeithistorisches und soziologisches Problem*, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 10 (2013), S. 307-320; Jürgen Kocka, *Mehr Last als Lust. Arbeit und Arbeitsgesellschaft in der europäischen Geschichte*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 46 (2005), S. 185-206; als Forschungsüberblick vgl. Kim Christian Priemel, *Heaps of work. The ways of labour history*, in: *H-Soz-Kult* vom 23.1.2014; www.hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2014-01-001 [28.6.2018], und Jörg Neuheiser, *Arbeit zwischen Entgrenzung und Konsum. Die Geschichte der Arbeit im 20. Jahrhundert als Gegenstand aktueller zeithistorischer und sozialwissenschaftlicher Studien*, in: *Neue Politische Literatur* 58 (2013), S. 421-448.

allgemeinen sozio-ökonomischen Problemstellungen dreht sich die gegenwärtige Debatte vor allem um die Zukunft von Arbeit und Arbeitswelt. So beschäftigen etwa die Implikationen der Digitalisierung alle politischen Parteien ebenso wie die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften.³ Das von der Hans-Böckler-Stiftung finanzierte Graduiertenkolleg „Soziale Folgen des Wandels der Arbeitswelt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts“ erweitert diese aktuelle gesellschaftliche Diskussion um eine historische Tiefendimension.⁴

Bereits seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs forcierten neue ökonomische und politische Rahmenbedingungen ebenso wie technische Innovationen die Transformation der Arbeitswelt. Darüber hinaus veränderten sich die globalen Produktionsverhältnisse seit den 1970er Jahren grundlegend.⁵ In allen westlichen Industrieländern expandiert seitdem der tertiäre Sektor, während klassische Branchen wie Kohle und Stahl, Schiffbau und Textil in die Krise gerieten.⁶ So nahm beispielsweise der Anteil des produzierenden Gewerbes in der Bundesrepublik von knapp 50 Prozent Mitte der 1960er Jahre auf heutzutage unter 30 Prozent ab, wohingegen die Bedeutung des tertiären Sektors von 40 Prozent auf über 70 Prozent wuchs. Schon Mitte der 1970er Jahre überstieg sein Anteil an der Gesamtwirtschaft erstmals den des industriellen Sektors. Damit verschob sich zugleich die Struktur des Arbeitsmarkts. Während die Zahl der Arbeiter nach Angaben des Statistischen Bundesamts von über 47 Prozent 1970 auf 26 Prozent im Jahr 2011 zurückging, erhöhte sich der Anteil der Angestellten im gleichen Zeitraum von knapp 30 auf fast 57 Prozent.⁷

³ Vgl. Reiner Hoffmann/Claudia Bogedan (Hrsg.), *Arbeit der Zukunft. Möglichkeiten nutzen, Grenzen setzen*, Frankfurt a. M. 2015; Detlef Wetzel, *Arbeit 4.0. Was Beschäftigte und Unternehmen verändern müssen*, Freiburg im Breisgau 2015, und Martin Henssler u. a., *Zukunft der Arbeit. Perspektiven und Herausforderungen im internationalen Wettbewerb*, hrsg. von der Walter-Raymond-Stiftung der BDA, Berlin 2014. Aus soziologischer Sicht vgl. Dieter Sauer, *Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft. Soziologische Deutungen in zeithistorischer Perspektive*, in: VfZ 55 (2007), S. 309-328.

⁴ Weitere Informationen finden sich auf der Kolleg-Website www.wandel-der-arbeit.de.

⁵ Zu all diesen Aspekten vgl. Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, 3., ergänzte Aufl., Göttingen 2012.

⁶ Vgl. Christoph Nonn, *Die Ruhrbergbaukrise. Entindustrialisierung und Politik 1958–1969*, Göttingen 2001; Karl Lauschke, *Die halbe Macht. Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 1945 bis 1989*, Essen 2007; Stephan Lindner, *Den Faden verloren. Die westdeutsche und die französische Textilindustrie auf dem Rückzug (1930/45–1990)*, München 2001, und Götz Albert, *Wettbewerbsfähigkeit und Krise der deutschen Schiffbauindustrie 1945–1990*, Frankfurt a. M. 1998.

⁷ Vgl. die Statistiken im Artikel „Erwerbstätige nach Stellung im Beruf“ vom Statistischen Bundesamt, Mikrozensus, auf der Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung; www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61698/erwerbs-taetige-nach-stellung-im-beruf [28.6.2018]; vgl. außerdem Michael Vester u. a., *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung*, Frankfurt a. M. 2001; zeitgenössisch vgl. Martin Osterland, *Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD. Ein Forschungsbericht*, Frankfurt a. M. 1973; Ulf Kadrizke, *Angestellte, die gedulden Arbeiter. Zur Soziologie und sozialen Bewegung der Angestellten*, Frankfurt a. M. 1975, und Erich Wiegand/Wolfgang Zapf, *Wandel der Lebensbedingungen in Deutschland. Wohlfahrtsentwicklung seit der Industrialisierung*, Frankfurt a. M. 1982.

Diese verschiedenen Facetten wurden und werden in der Industrie- und Arbeitssoziologie breit erforscht. Seit einigen Jahren widmet sich auch die bundesdeutsche Geschichtswissenschaft verstärkt diesen Fragen. Das Internationale Geisteswissenschaftliche Kolleg „Arbeit und Lebenslauf in globalgeschichtlicher Perspektive“ an der Humboldt-Universität zu Berlin steht dafür ebenso wie das „Kolloquium zur Geschichte der Arbeitswelten und der Gewerkschaften“ – ein Kooperationsprojekt der Friedrich-Ebert- und der Hans-Böckler-Stiftung,⁸ das einmal pro Semester abwechselnd an den Universitäten Bielefeld, Augsburg, Bochum, Hamburg und Leipzig stattfindet. Jüngst entstanden ebenfalls wieder einige Arbeiten zur Gewerkschaftsgeschichte.⁹ Weitere, zurzeit laufende Projekte fokussieren in interdisziplinärer Perspektive die wachsende Polarisierung von Lebensverhältnissen und Arbeitsbedingungen seit den 1970er Jahren auf Grundlage sozialwissenschaftlicher Daten.¹⁰ Nichtsdestotrotz bestehen besonders im Hinblick auf die konkreten gesellschaftlichen Auswirkungen des sozio-ökonomischen Wandels zahlreiche Forschungsdesiderata. So harren beispielsweise die als Resultat der sich verändernden Arbeitswelt evozierten Konflikte noch der systematischen Erforschung. Auch die wachsende soziale Ungleichheit in nahezu allen europäischen Ländern wurde bislang erst vereinzelt aus historischer Perspektive untersucht.¹¹

An diese Problemhorizonte schließt das Graduiertenkolleg an, das vor allem den Wandel der Arbeitswelt auf der betrieblichen Ebene, die daraus resultierenden Formen sozialer Ungleichheit sowie den Umgang der Gewerkschaften mit

⁸ Vgl. rework.hu-berlin.de/de/aktuelles.html [28.6.2018].

⁹ Vgl. Karl Christian Führer, *Gewerkschaftsmacht und ihre Grenzen. Die ÖTV und ihr Vorsitzender Heinz Kluncker 1964–1982*, Bielefeld 2017; Frank Ahland, *Bürger und Gewerkschafter Ludwig Rosenberg 1903 bis 1977. Eine Biografie*, Essen 2016; Knud Andresen, *Gebremste Radikalisierung. Die IG Metall und ihre Jugend 1968 bis in die 1980er Jahre*, Göttingen 2016, und Detlev Brunner/Michaela Kuhnhenne/Hartmut Simon (Hrsg.), *Gewerkschaften im deutschen Einheitsprozess. Möglichkeiten und Grenzen in Zeiten der Transformation*, Bielefeld 2017.

¹⁰ Vgl. die Projekte „Mikrodaten für die Zeitgeschichte“ von Lutz Raphael (Trier) und Gert G. Wagner (Berlin) sowie „eLabour – Neue Konturen von Produktion und Arbeit“ vom Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen, Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung München, Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena und der Sozialforschungsstelle Dortmund; www.sofi-goettingen.de/projekte/neue-konturen-von-produktion-und-arbeit-interdisziplinaires-zentrum-fuer-it-basierte-qualitative-arbeitssoziologische-forschung/projektinhalt/ [28.6.2018]; außerdem: Lutz Raphael, *Arbeitsbiografien und Strukturwandel „nach dem Boom“*. Lebensläufe und Berufserfahrungen britischer, französischer und westdeutscher Industriearbeiter und -arbeiterinnen von 1970 bis 2000, in: *Geschichte und Gesellschaft* 43 (2017), S. 32–36, und Peter Birke u. a., „Gute Arbeit“ nach dem Boom. Pilotprojekt zur Längsschnittanalyse arbeitssoziologischer Betriebsfallstudien mit neuen e-Humanities-Werkzeugen (Re_SozIT), in: *Mitteilungen aus dem SOFI* 7 (2013), S. 10–13. Zum Verhältnis von Sozial- und Geschichtswissenschaften vgl. Rüdiger Graf/Kim Christian Priemel, *Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin*, in: *VfZ* 59 (2011), S. 479–507.

¹¹ Vgl. Andreas Wirsching, *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*, München 2012, und Philipp Ther, *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Frankfurt a. M. 2014.

den Transformationsphänomenen thematisiert. Die Analyse konkreter Veränderungen von Branchen, Arbeitsplätzen und Berufsbildern wird dabei systematisch mit der diskursiven Ebene verknüpft. Das Kolleg beabsichtigt, die Geschichte der Arbeitswelt in eine Kultur- und Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik einzubetten. Folgende erkenntnisleitende Untersuchungsdimensionen liegen den einzelnen Forschungsprojekten zugrunde:

- die Auswirkungen des sektoralen Wandels und der veränderten Produktionsbedingungen auf die sozialen Beziehungen in der Arbeitswelt;
- die Wahrnehmungs- und Konfliktgeschichte von Arbeit;
- die verschiedenen Formen sozialer Ungleichheit und ihre Folgen;
- der gewerkschaftliche Umgang mit dem Wandel der Arbeitswelt.

Jüngere zeithistorische Forschungen plädieren dafür, die Dekade der 1970er Jahre als Phase forcierter Transformationen zu betrachten.¹² Doch bereits in den späten 1950er Jahren setzte der Niedergang klassischer Branchen ein. So halbierte sich der Anteil der 600.000 Beschäftigten im Steinkohlbergbau im Verlauf der 1960er Jahre, die Zahl der Beschäftigten in der Eisen- und Stahlindustrie sank in den 1970er Jahren von gut 375.000 auf unter 300.000 Personen, um schließlich in den 1980er Jahren noch deutlicher zu fallen.¹³ Auch die Digitalisierung und die globale Vernetzung der Produktion schritten in den 1970er Jahren voran. Vor diesem Hintergrund wurden Erwerbsverläufe unsicherer. Der auf industrieller Vollzeitarbeit basierende, meist männliche Lebenslauf erodierte, während der Anteil weiblicher Beschäftigter anstieg und atypische, prekäre Arbeitsverhältnisse zunahmen. Diese langfristigen und strukturellen Verschiebungen in unterschiedlichen Bereichen der Arbeitswelt lassen diese Phase durchaus als sozio-ökonomische Zäsur in der Nachkriegsepoche erscheinen, die bis in die Gegenwart nachwirkt.¹⁴ Ob, und in welcher Weise, die 1970er Jahre tatsächlich einen Bruch markieren, sollen die Einzelprojekte gezielt erforschen. Zeitgeschichte wird damit als „Vorgeschichte gegenwärtiger Problemkonstellationen“ verstanden.¹⁵ Das

¹² Vgl. Konrad Jarausch (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008; Hartmut Kaelble, *The 1970s in Europe. A Period of Disillusionment or Promise?*, London 2010; Niall Ferguson u. a. (Hrsg.), *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective*, Cambridge 2010, und Frank Bösch, *Zweierlei Krisendeutungen. Amerikanische und bundesdeutsche Perspektivierungen der 1970er Jahre*, in: *Neue Politische Literatur* 58 (2013), S. 217-230.

¹³ Dazu den Projektbericht von Arno Georg u. a., *Die Eisen- und Stahlindustrie im demographischen Wandel. Abschlussbericht*, Düsseldorf 2007.

¹⁴ Vgl. Knud Andresen/Ursula Bitzegeio/Jürgen Mittag (Hrsg.), *„Nach dem Strukturbruch“? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er-Jahren*, Bonn 2011; Marcel Erlinghagen, *Die Arbeitsgesellschaft in der Bundesrepublik zwischen Wohlstands- und Risikoerfahrung*, in: *Juristische Zeitgeschichte NRW* 20 (2013), S. 170-179; Frank Bösch (Hrsg.), *Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland, 1970–2000*, Göttingen 2015, und Andreas Wirsching, *European Responses to the Crisis of the 1970s and 1980s. Introductory Remarks*, in: *Journal of Modern European History* 9 (2011), S. 167-169.

¹⁵ Hans Günter Hockerts, *Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder*, in: *Historisches Jahrbuch* 113 (1993), S. 98-127, hier S. 124, und Morten Reitmayer/Thomas Schlemmer (Hrsg.), *Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom*, München 2014.

Kolleg untersucht überdies, welche sozialen Folgen diese Wandlungsprozesse für die Gesellschaft und insbesondere für die Erwerbstätigen zeitigten. Der geographische Fokus liegt dabei auf der Bundesrepublik Deutschland, allerdings werden vereinzelt auch transnationale und deutsch-deutsche Vergleiche angestellt. Thematisch teilt sich das Kolleg in drei große Untersuchungsbereiche: Praktiken der Arbeitswelt im Wandel; Soziale Ungleichheiten und der Wandel der Arbeitswelt; Gewerkschaftliche Politik im Wandel der Arbeitswelt.

II. Kollegstruktur und Arbeitsbereiche

1. Allgemeines

Entsprechend dieser inhaltlichen Ausrichtung weist das Kolleg eine trilaterale Struktur auf. Als Kooperationsprojekt zwischen dem Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam (Frank Bösch und Winfried Süß), dem Institut für soziale Bewegungen (ISB) in Bochum (Stefan Berger) und dem Institut für Zeitgeschichte (IfZ), München – Berlin (Andreas Wirsching) umfasst es insgesamt neun Promotionsstipendien. An jedem Institut sind drei Stipendiatinnen beziehungsweise Stipendiaten tätig. Koordiniert wird das Kolleg am IfZ in München von Sebastian Voigt. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit der Assoziierung für externe Promovierende, die zu benachbarten Themen forschen.

Ein begleitendes Lehr- und Studienprogramm ermöglicht den Kollegiatinnen und Kollegiaten eine strukturierte Promotion. Einmal jährlich diskutieren sie in einem standortübergreifenden Kolloquium bei Anwesenheit aller Betreuer den Fortgang der Projekte. Zusätzlich finden ein bis zwei weitere Workshops pro Jahr statt; ausgewiesene Expertinnen und Experten benachbarter Disziplinen werden eingeladen oder forschungsrelevante Institutionen wie Archive besucht. Zusätzlich können die Promovierenden an den Veranstaltungen der beteiligten Institute und am ideellen Förderprogramm der Hans-Böckler-Stiftung teilnehmen. Die erste 3-jährige Kollegphase hat Anfang 2017 begonnen und läuft bis Ende 2019. Ein Verlängerungsantrag für eine zweite Phase ist geplant.

2. Praktiken der Arbeitswelt im Wandel (IfZ, München)

Der erste Teilbereich gilt dem Wandel der Praktiken in der Arbeitswelt.¹⁶ Klassische Industriebranchen verloren seit den frühen 1960er Jahren an Bedeutung. Der Anteil der Angestellten an der Erwerbsbevölkerung stieg, während das Arbeitsmilieu erodierte. In den 1970er Jahren beschleunigten sich diese Tendenzen noch. Solche makro-ökonomischen Entwicklungen wurden bereits zeitgenössisch diagnostiziert, allerdings fand die Sicht der Lohnabhängigen dabei wenig Berücksichtigung. Deshalb sollen in diesem Teilbereich meso- und mikrohistorisch die sich wandelnden Praktiken der Arbeitswelt auf Betriebs- und Branchenebene un-

¹⁶ Vgl. Thomas Welskopp, *Unternehmen Praxisgeschichte. Historische Perspektiven auf Kapitalismus, Arbeit und, Klassengesellschaft*, Tübingen 2014.

tersucht werden.¹⁷ Dementsprechend stehen die konkreten Implikationen der sozio-ökonomischen Veränderungsprozesse auf die Erfahrungs- und Handlungsperspektive der Beschäftigten im Zentrum des Interesses.

Belegschaften in der Automobilindustrie zwischen Boom und Krise. Das Beispiel BMW (Mario Boccia¹⁸):

Der sozio-ökonomische Transformationsprozess der 1970er und 1980er Jahre betraf sowohl die geistig-ideologische als auch die betriebspolitische Ebene. Diese Entwicklung, so die grundlegende These der Dissertation, schlug sich, erstens, in forcierten Flexibilisierungsstrategien der Unternehmensführungen, zweitens, in einer erhöhten Unzufriedenheit und Streikbereitschaft im unqualifiziert-migrantischen Belegschaftssegment sowie, drittens, in einer Veränderung der Rahmenbedingungen von Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit nieder. Die westdeutsche Automobilindustrie kann als historischer Vorreiter und Musterfall des tiefgreifenden Wandels gelten, „der die Produktions- und Sozialbeziehungen dieser Branche restrukturiert“¹⁹ hat.

Die Folgen dieser Prozesse für das Bewusstsein der Arbeitnehmer und deren Arbeitsplätze werden empirisch anhand der Bayerischen Motoren Werke (BMW) mit ihren Betrieben in München-Milbertshofen, Berlin-Spandau und Dingolfing analysiert. Das Untersuchungsinteresse richtet sich insbesondere auf die Arbeitnehmervertretungen, also die Betriebsräte und den gewerkschaftlichen Vertrauenskörper, sowie linksradikale Betriebsgruppen. Diese Akteure eint, dass ihr Handeln auf der tatsächlichen oder angenommenen Zustimmung und Unterstützung der Belegschaften gründete – eine Legitimation, die stets aktualisiert werden musste. Insofern standen sie immer auch in Konkurrenz zueinander, so dass sich hierbei neben Kooperationen auch politische Konflikte ergaben.

Es geht, mit anderen Worten, darum, mithilfe von mikropolitischen Ansätzen die Kontinuitäten und Brüche auf der Bewusstseins- und Handlungsebene der Belegschaften und ihrer betrieblichen Vertreter in den Jahren des Booms sowie in den Krisen der 1970er und 1980er Jahre nachzuzeichnen.

¹⁷ Vgl. Karl Lauschte/Thomas Welskopp (Hrsg.), Mikropolitik im Unternehmen. Arbeitsbeziehungen und Machtstrukturen in industriellen Großbetrieben des 20. Jahrhunderts, Essen 1994.

¹⁸ Die Texte zu den Einzelprojekten wurden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verfasst. Mario Boccia, M.A., Studium der Geschichte, Germanistik und Ethik/Philosophie (Lehramt Gymnasium) in München, 2016 Erstes Staatsexamen, seit 2017 wissenschaftliche Hilfskraft/Doktorand am IfZ und Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung.

¹⁹ Knut Dohse/Ulrich Jürgens/Ulrich Malsch, Fertigungsnahe Selbstregulierung oder zentrale Kontrolle. Konzernstrategien im Restrukturierungsprozeß der Automobilindustrie, in: Frieder Naschold (Hrsg.), Arbeit und Politik. Gesellschaftliche Regulierung der Arbeit und der sozialen Sicherung, Frankfurt a. M./New York 1985, S. 49-89, hier S. 50.

Arbeitswelten von Verkäuferinnen von den 1950er Jahren bis in die 1990er Jahre (Manuela Rienks²⁰):

Die Einführung der Selbstbedienung in den 1950er und 1960er Jahren veränderte die Arbeitswelt für Verkäuferinnen grundlegend. Die Waren verschwanden nicht mehr hinter der Ladentheke, sondern waren frei zugänglich. Die Einzelhandelsunternehmen vergrößerten ihre Verkaufsflächen und weiteten ihr Angebot aus. Die Arbeit der Verkäuferinnen beschränkte sich zunehmend auf eintönige, körperlich anstrengende Tätigkeiten, wie das Kassieren am Kassenstand oder das Einräumen von Regalen. Einen weiteren einschneidenden Prozess bedeutete die Computerisierung des Einzelhandels in den 1970er und 1980er Jahren, die rationalisierende und flexibilisierende Tendenzen verstärkte. Zudem war die Arbeitswelt der Verkäuferinnen über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg geprägt von Auseinandersetzungen und Debatten um den Ladenschluss, obwohl die gesetzlichen Regelungen der Ladenöffnungszeiten zwischen 1960 und 1989 stabil blieben. Mit der Transformation von Arbeitsraum- und Arbeitszeitpraktiken veränderten sich schließlich auch die sozialen Beziehungen zwischen den Verkäuferinnen, zu den Kundinnen und Kunden, zu ihrem sozialen Umfeld und den Unternehmen.

Im Zentrum des Promotionsprojekts steht also der Wandel der weiblichen Arbeit im Einzelhandel in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Der Einzelhandel dient als paradigmatische Branche des Dienstleistungssektors dazu, den sich wandelnden Stellenwert der Frauenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland zu untersuchen. Der Fokus liegt dabei auf den Praktiken der Akteure; daher werden im Wesentlichen der Arbeitsraum, die Arbeitszeit und der Zusammenhang von Arbeits- und Lebenswelt der Beschäftigten analysiert.

Ziel des Teilprojekts, das kulturgeschichtliche mit sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Fragestellungen kombiniert, ist es zu zeigen, dass Arbeit trotz der rechtlichen Gleichstellung von Mann und Frau als zentrales Kriterium für die fortbestehende geschlechtsspezifische Ungleichheit in der Konsumgesellschaft erachtet werden kann. Es geht also um eine geschlechtergeschichtlich inspirierte Zeitgeschichte der Arbeit, die die strukturelle Bedingtheit des *Gender Pay Gap* ernst nimmt und gleichzeitig Handlungsspielräume der Akteurinnen und Akteure ausleuchtet.

²⁰ Manuela Rienks, M.A., Studium der Geschichte, Anglistik, Erziehungswissenschaften und Sozialkunde in München, 2015 Magistra Artium, 2016 Erstes Staatsexamen für Lehramt an Gymnasien, seit 2017 wissenschaftliche Hilfskraft/Doktorandin am IfZ und Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung.

Montanindustrielle Welten im Umbruch. Der Wandel von Arbeit und Arbeitspraktiken in der Stahlindustrie des Ruhrgebiets 1960 bis 1987 (Malte Müller²¹):

Mit Hilfe eines praxeologisch-mikrohistorischen Ansatzes wird der Wandel von Arbeit und Arbeitspraktiken in der Stahlindustrie des Ruhrgebiets untersucht. Die Arbeit befasst sich unter anderem kritisch mit den Thesen zum postulierten Strukturbruch ab den 1970er Jahren und setzt die Umbruchphase für die Stahlindustrie bewusst früher, nämlich schon in den 1960er Jahren an.

Ausgehend von der Analyse von Arbeitspraktiken und -bedingungen in Betrieben von Hoesch, Krupp, Mannesmann und Thyssen werden die Auswirkungen technologischer und regulatorischer Neuerungen in den Blick genommen. Dabei gilt das Erkenntnisinteresse besonders den Konfliktfeldern und Aushandlungsprozessen, die rund um betriebliche Veränderungen stattfanden. Die zentralen Vermittlungsorgane zwischen Unternehmen, Betrieben, Gewerkschaft und Beschäftigten waren die Vertrauensleute der Industriegewerkschaft Metall, die (Gesamt-)Betriebsräte und die den Vorständen zugeordneten Arbeitsdirektoren. Im Zuge der Einführung vollmechanisierter und später computergesteuerter Produktionsverfahren wandelten sich das Profil der Stahlarbeiter und die innerbetrieblichen Hierarchien. Allgemein lässt sich sagen, dass der Anteil körperlich belastender Arbeit zurückging. An ihre Stelle traten vermehrt kontrollierende Tätigkeiten mit stärkerer nervlicher Belastung und höherer Qualifikationsanforderung. Die Belegschaften und ihre Vertretungen waren diesen Veränderungen nicht einfach ausgesetzt. Sie konnten versuchen, die betriebliche Ausgestaltung ihrer Arbeitsbedingungen durch individuelles und kollektives Handeln zu beeinflussen.

3. Soziale Ungleichheiten und der Wandel der Arbeitswelt (ZZF, Potsdam)

Der zweite Teilbereich problematisiert die Veränderung sozialer Ungleichheit in der sich wandelnden Arbeitswelt.²² Dabei nimmt er insbesondere die Zusammenhänge zwischen der Arbeitsmarktposition und Kategorien wie Alter, Ethnizität oder Geschlecht in den Blick. Daraus ergeben sich mehrere Untersuchungsfelder, wobei die materielle Dimension dabei ebenso von Interesse ist wie die Entwicklung von Ungleichheit beim Zugang zu und der Ausübung von Arbeit. Lange Zeit stellten berufliche Aufstiegsperspektiven einen wichtigen Kompensationsmechanismus für Unzufriedenheit über soziale Ungleichheit dar.²³ Die Berufsaussichten

²¹ Malte Müller, M.A., Studium der Geschichte und Politikwissenschaft in München, 2016 Master of Arts, seit 2017 wissenschaftliche Hilfskraft/Doktorand am IfZ und Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung.

²² Vgl. Christoph Lörke, Armut im geteilten Deutschland. Die Wahrnehmung sozialer Randlagen in der Bundesrepublik und der DDR, Frankfurt a. M. 2015.

²³ Vgl. Burkart Lutz, Integration durch Aufstieg. Überlegungen zur Verbürgerlichung der deutschen Facharbeiter in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Manfred Hettling/Bernd Ulrich (Hrsg.), Bürgertum nach 1945, Hamburg 2005, S. 284-309, und Winfried Süß, Der bedrängte Wohlfahrtsstaat. Deutsche und europäische Perspektiven auf die Sozialpolitik der 1970er-Jahre, in: Archiv für Sozialgeschichte 47 (2007), S. 95-126.

haben jedoch seit Mitte der 1970er Jahre viel von ihrer Erwartungssicherheit eingebüßt. Die Möglichkeiten, Armut durch Lohnarbeit zu überwinden, sind seitdem deutlich rückläufig.²⁴ Der intergenerationelle Transfer von Vermögen durch Erbschaften nimmt hingegen zu und konsolidiert die sozialen Ungleichheitsverhältnisse. Deshalb soll untersucht werden, wie Beschäftigte mit sozialer Ungleichheit im Kontext der Arbeitswelt umgingen. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei einerseits auf arbeitsmarktpolitischen Implikationen in Umbruchphasen, etwa nach der Ölpreiskrise 1973 und zur Zeit der Wiedervereinigung. Andererseits sollen weitere gesellschaftliche und rechtliche Aspekte untersucht werden, die zur Tradierung sozialer Ungleichheiten beitragen.

Arbeitsverhältnisse, Geschlecht und soziale Ungleichheit im Automobilbau Ostdeutschlands – Das Automobilwerk Eisenach seit den 1970er Jahren (Jessica Elsner²⁵):

Das Promotionsprojekt untersucht die betrieblichen Arbeitsverhältnisse in Ostdeutschland mit einem besonderen Blick auf Formen von sozialer Ungleichheit. Dabei gilt es, sowohl die Entwicklungen in der DDR zwischen 1970 und 1989 als auch die dramatischen Veränderungen in den frühen 1990er Jahren zu analysieren. Als Untersuchungsbeispiel wurde mit dem volkseigenen Betrieben Automobilwerk Eisenach (AWE) das bis zur Vereinigung zweitgrößte Unternehmen in der DDR-Automobilindustrie ausgewählt, das darüber hinaus in der Region ein Schwerpunktbetrieb war. Bis 1990 arbeiteten im Eisenacher Werk und seinen zwei weiteren Standorten bis zu 10.000 Frauen und Männer in unterschiedlichen Bereichen – von der reinen Produktion bis zur betriebseigenen Poliklinik. Der Untersuchungszeitraum wird bis etwa 1993 angesetzt, da sich schon vor der Entscheidung der Treuhandanstalt 1991 über die Einstellung der Produktion in Eisenach die Adam Opel AG zu einem Joint-Venture-Vertrag mit der Thüringer Fahrzeugfabrik entschlossen hatte.

Für die Untersuchung sozialer Ungleichheitsverhältnisse in der DDR bieten sich Betriebe an, da diese nicht nur über Einkommens- und Karrierechancen entschieden, sondern auch wichtige Versorgungsaufgaben sowie soziale Funktionen übernahmen, etwa im Bereich der Wohnraumvergabe und der Gesundheitsfürsorge. Damit wurden einerseits die knappen Ressourcen bei den Beschäftigten konzentriert und andererseits die außerbetrieblichen Lebenswelten an die Betriebe rückgebunden. Der Arbeitsplatz stellte so für die meisten Bürgerinnen und Bürger der DDR einen Ort dar, der nicht nur auf berufliche Beziehungen erheblichen Einfluss hatte, sondern auch die sonstigen sozialen Zusammenhänge prägte.

²⁴ Vgl. Olaf Groh-Samberg/Florian R. Hertel, Ende der Aufstiegsgesellschaft?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 10/2015, S. 25-32.

²⁵ Jessica Elsner, M.A., Studium der Geschichtswissenschaft in Erfurt, 2015 Master of Arts, seit Dezember 2016 Doktorandin am ZZf und Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung.

Beschäftigung nach der „Gastarbeit“. Türkische Arbeitswelten in West-Berlin (Stefan Zeppenfeld²⁶):

Keine Einwanderergruppe ist so prägend für das Stadtbild Berlins wie diejenige aus der Türkei. Das Forschungsprojekt widmet sich der Entstehung eines „türkischen“ Berlin am Beispiel der Arbeitswelten seit der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte. Im Zuge der Recherchen haben sich dabei mehrere Felder herauskristallisiert, deren Entwicklung und soziale Bedeutung für unterschiedliche Arbeitsbereiche erforscht wird.

Ausgangspunkt der Betrachtungen ist die Beschäftigungsentwicklung im Großbetrieb am Beispiel der Berliner Siemens-Werke von Anfang der 1960er bis Mitte der 1990er Jahre. Daran anschließend geht es um andere Wirtschaftssektoren und Beschäftigungsverhältnisse, die originär nicht der „Gastarbeit“ zuzurechnen waren. Ein zweites Kapitel beleuchtet unterschiedliche und unterschiedlich renommierte Tätigkeiten im öffentlichen Dienst. Ein drittes Kapitel beschäftigt sich mit verschiedenen Facetten der Selbstständigkeit. Die Ergebnisse werden ergänzt durch Schlaglichter auf eine sich etablierende türkeistämmige Mittelschicht sowie auf nicht legale Beschäftigungsformen zum Zweck des Gelderwerbs. Durch Überlegungen zur Konkurrenzsituation auf dem Arbeits- und Dienstleistungsmarkt sowie zur Entstehung migrantisch geprägter Räume wird die Geschichte des „türkischen“ Berlin in die gängigen (Selbst-)Erzählungen West-Berlins integriert. So bereichert die Arbeit einerseits die Stadtgeschichte Berlins und andererseits die deutsche Zeitgeschichtsforschung um eine bisher wenig berücksichtigte migrantische Perspektive.

Erben und Vererben. Politik, Praxis, Soziale Ungleichheit – Deutschland und Großbritannien im Vergleich (Ronny Grundig²⁷):

Aktuell werden etwa 400 Milliarden Euro jährlich in der Bundesrepublik vererbt, Tendenz steigend.²⁸ Die Bedeutung dieser Vermögensübertragungen von Todes wegen geht über den bloßen Eigentümerwechsel hinaus, denn bei der Vererbung werden immer auch Wert- und Ordnungsvorstellungen verhandelt. Der leistungslose Erwerb von Vermögen durch Erbschaften tangiert die normativen Fundamente kapitalistischer Demokratien und stellt ihr Selbstverständnis als Leistungsgesellschaften in Frage.

Im Zentrum des Promotionsprojekts steht der Vermögensübergang *mortis causa* aus zeithistorischer Perspektive. Dabei geht es um drei Forschungsfragen: 1. Wie

²⁶ Stefan Zeppenfeld, M.A., Studium der Geschichte und Politikwissenschaft in Münster und Istanbul sowie Public History an der Freien Universität Berlin, 2016 Master of Arts, seit Dezember 2016 Doktorand am ZZF und Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung.

²⁷ Ronny Grundig, M.A., Studium der Geschichtswissenschaft, Sozialwissenschaften und Military Studies in Erfurt und Potsdam, 2015 Master of Arts, seit November 2016 Doktorand am ZZF und Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung.

²⁸ Vgl. Anita Tiefensee/Markus M. Grabka, Das Erbvolumen in Deutschland dürfte um gut ein Viertel größer sein als bisher angenommen, in: DIW-Wochenbericht 27/2017, S. 565-570.

regulierte die Gesellschaft den Übergang des Vermögens über Erbrecht und Erbschaftsteuerrecht? 2. Welchen Einfluss hatte die gesellschaftliche Regulierung auf die Praktiken des Erbens und Vererbens? 3. Welche Folgewirkungen ergaben sich daraus für unterschiedliche soziale Gruppen? Um diese Fragen empirisch fundiert beantworten zu können, werden Archivbestände verschiedener Finanzämter (Erbschaftsteuerakten) und eines Westberliner Amtsgerichts (Nachlassakten) genutzt, die es ermöglichen, sowohl die Vermögensstrukturen als auch die Vererbungspraktiken breiter Bevölkerungsschichten zu analysieren. Der Ergänzung dienen vermögensbezogene Archivbestände von Unternehmerfamilien, die einen detaillierten Einblick in die Nachlassvorsorge zulassen, aber auch die Untersuchung des Umgangs mit dem ererbten Vermögen ermöglichen.

Um die Geschichte des Erbens und Vererbens für die „alte“ Bundesrepublik besser perspektivieren zu können, bietet sich ein kontrastiv angelegter Vergleich mit Großbritannien an. Beide Länder sind nicht nur verschiedenen Rechtstraditionen zuzuordnen, sondern unterscheiden sich auch beim gesellschaftlich akzeptierten Maß sozialer Ungleichheit und dem steuerlichen Zugriff auf Vermögen im Todesfall stark voneinander.

4. Gewerkschaftliche Politik im Wandel der Arbeitswelt (ISB, Bochum)

Im Zentrum des dritten Teilbereichs stehen die Reaktionen der Gewerkschaften auf die Wandlungsprozesse seit den 1970er Jahren. Es wird analysiert, welche Auswirkungen diese Veränderungen wiederum auf Selbstverständnis, Programmatik und Organisationsverhalten hatten.²⁹ Der Anstieg der Arbeitslosigkeit ab Mitte der 1970er Jahre und die Veränderung der Beschäftigungsbedingungen beeinflussten den gewerkschaftlichen Aktionsraum grundlegend. Insofern bilden die „langen 1970er Jahre“ ein interessantes Scharnier für die Gewerkschaftsgeschichte der Bundesrepublik.³⁰ Außerdem sollen die gewerkschaftlichen Praktiken und Strategien im Kontext neuer Dienstleistungsbranchen untersucht werden. Damit einher geht die Frage, wie sich Gewerkschaften unter dem Eindruck sozio-ökonomischer Wandlungsprozesse behaupteten und gesellschaftspolitisch neu positionierten. Ferner interessiert die zeitliche Konvergenz zwischen den Krisenphänomenen und der Genese der Neuen Sozialen Bewegungen. Wie sich diese Konvergenz auf die sich verändernde Arbeitswelt auswirkte, wurde bislang aus historischer Perspektive nur wenig beleuchtet.³¹

²⁹ Als Forschungsüberblick vgl. Wolfgang Schroeder/Dorothea Keudel, *Strategische Akteure in drei Welten. Die deutschen Gewerkschaften im Spiegel der neueren Forschung*, Düsseldorf 2008.

³⁰ Vgl. *Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1969–1975*, eingeleitet und bearb. von Klaus Mertsching, Bonn 2013; Klaus von Beyme, *Gewerkschaftliche Politik in der Wirtschaftskrise I – 1973 bis 1978*, in: Hans-Otto Hemmer/Kurt Thomas Schmitz (Hrsg.), *Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis heute*, Köln 1990, S. 339–374, und Walther Müller-Jentsch, *Gewerkschaftliche Politik in der Wirtschaftskrise II. 1978/79 bis 1982/83*, in: Ebenda, S. 375–412.

³¹ Vgl. Stefan Berger, *Social Movements in Europe since the End of the Second World War*, in: Jan-Otmar Hesse u. a. (Hrsg.), *Perspectives on European Economic and Social History*,

Der Einfluss der Neuen Frauenbewegung auf die Gewerkschaften (Mandy Stalder-Thon³²):

Unter dem Slogan „Das Private ist politisch“ zog die Neue Frauenbewegung ab Ende der 1960er Jahre aus, um nicht nur das eheliche Zusammenleben, sondern die gesamte Gesellschaft zu verändern. In dem Promotionsprojekt wird untersucht, ob, und wenn ja, wie die Neue Frauenbewegung Einfluss auf die Gewerkschaftsbewegung nehmen konnte. Als Beispiele dienen dabei der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV). Der DGB wird herangezogen, weil die Beschlüsse seiner Gremien oft Vorbildcharakter für die Mitgliedsgewerkschaften hatten. Die ÖTV als Einzelgewerkschaft wurde dagegen nicht nur ausgewählt, weil seit 1982 mit Monika Wulf-Mathies eine Frau an ihrer Spitze stand, sondern auch, weil sie überdurchschnittlich viele Frauen vertrat.

Zunächst gilt es herauszuarbeiten, welche Positionen die Neue Frauenbewegung zu den Gewerkschaften und zum Thema Arbeit bezogen hat. Dann ist zu untersuchen, wie sich DGB und ÖTV inhaltlich und organisatorisch verändert haben. Waren diese Veränderungen womöglich auf den Einfluss der Neuen Frauenbewegung zurückzuführen? Da die Neue Frauenbewegung sehr vielfältig war und keineswegs einheitliche Positionen vertrat, werden vor allem Schnittstellen und Berührungspunkte zwischen beiden Gruppierungen in den Blick genommen. Zentral sind zum Beispiel der Widerstand gegen den Paragraphen 218, das Abtreibungsverbot, oder Konflikte um die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen, die beide Seiten immer wieder umtrieben. Dahinter steht die Frage, wie etablierte Organisationen mit Neuen Sozialen Bewegungen umgehen und ob diese nachweisbaren Einfluss auf Programmatik oder Organisationsstruktur nehmen können.

„Neue Armut“? Gewerkschaftliche Debatten im DGB zum Zusammenhang von Armut und Arbeitslosigkeit in den 1970er bis 1990er Jahren (Katharina Täufert³³):

Der Wandel der Arbeitswelt und der in den 1970er Jahren einsetzende wirtschaftliche Abschwung veränderten das soziale Gefüge in der Bundesrepublik. Zeitgenössische Deutungsversuche wie Heiner Geißlers „Neue Soziale Frage“³⁴ oder Pe-

Baden-Baden 2014, S. 15-46, und Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a. M. 2008.

³² Mandy Stalder-Thon, M.A., Studium der Geschichts- und Politikwissenschaften in Düsseldorf, 2016 Master of Arts, seit November 2016 Doktorandin am ISB und Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung.

³³ Katharina Täufert M.A., Studium der Politik- und Verwaltungswissenschaften sowie Soziologie in Potsdam, 2014 Master of Arts, 2015/16 wissenschaftliche Volontärin bei der Stiftung Berliner Mauer, seit April 2017 Doktorandin am ISB und ZZf sowie Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung.

³⁴ Vgl. Heiner Geißler, Die Neue Soziale Frage. Analysen und Dokumente, Freiburg im Breisgau 1976.

ter Glotz' „Zweidrittelgesellschaft“³⁵ brachten diese Entwicklungen zum Ausdruck und avancierten zu politischen Schlagworten. Der DGB sprach ab Beginn der 1980er Jahre gar von einer „Neuen Armut“³⁶: Infolge der andauernden Massenarbeitslosigkeit und aufgrund von Kürzungen bei der Arbeitslosenunterstützung hätten sich insbesondere die Lebensverhältnisse von (Langzeit-)Arbeitslosen verschlechtert. Es entfalteten sich vielfältige Debatten um mögliche Strategien armutsvermeidender Politik, in denen sich insbesondere der Gewerkschaftsbund als starker Wortführer einbrachte und zu profilieren suchte.

Dieser Ausgangslage nimmt sich das Projekt an, um die Rolle des DGB in der (bundes-)deutschen Armutsdebatte im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts zu bestimmen und somit den gewerkschaftlichen Stellenwert sowie die Regulierungsversuche von Armut und Arbeitslosigkeit zu hinterfragen. Es gilt zu eruieren, welche Problemlösungen diskutiert und ergriffen wurden und wie sie mit den politischen Rahmenbedingungen korrespondierten. Die internen Debatten sowie die mediale Thematisierung dienen als Spiegel der Auseinandersetzungen, die sowohl diskursgeschichtlich als auch sozialhistorisch ausgewertet werden. Dabei reicht der Untersuchungszeitraum über den Epochenumbruch von 1989/90 hinweg bis in die 1990er Jahre, da sich Arbeitslosigkeit und Armut als markante sozialpolitische Herausforderungen im Vereinigungsprozess weiter verfestigten.

„Die Robbys kommen“. Die IG Metall und die Durchsetzung der Mikroelektronik in den 1970er und 1980er Jahren (Moritz Müller³⁷):

„Entweder wir werden mit den Technologien fertig oder sie mit uns“³⁸ – so lautete die Reaktion vieler Funktionäre der Industriegewerkschaft Metall (IGM) auf die Durchsetzung der Mikroelektronik in der Arbeitswelt der 1970er und 1980er Jahre. Sie fürchteten, dass die Innovationen von den Unternehmern dazu genützt würden, die Arbeit zu intensivieren, Arbeitnehmer zu dequalifizieren, Arbeitsplätze abzubauen und die Beschäftigten einer perfektionierten Herrschaft und Kontrolle zu unterwerfen. Zugleich betonten die Gewerkschafter, dass technische Neuerungen wie *Computerized Numerical Control (CNC)*-Werkzeugmaschinen oder Industrieroboter bei entsprechender Gestaltung auch als Mittel zur Humanisierung der Arbeit sowie zur Verkürzung der Arbeitszeit genutzt werden könnten.

Im Promotionsprojekt geht es anhand gewerkschaftlicher Publikationen und archivalischer Quellen um die Frage, wie die IGM die neuen Technologien rezi-

³⁵ Vgl. Peter Glotz, *Die Arbeit der Zuspitzung: Über die Organisation einer regierungsfähigen Linken*, Berlin 1984.

³⁶ Vgl. Werner Balsen u. a., *Die neue Armut. Ausgrenzung von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenunterstützung*, Köln 1984.

³⁷ Moritz Müller, M.A., Studium der Geschichte und Sozialwissenschaft in Bochum, 2016 Master of Arts, seit 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Arbeitswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Doktorand am ISB und Stipendiat der Hans-Böckler-Stiftung.

³⁸ Wolfgang Mazurek, *CAD/CAM-Strategien aus Sicht der Gewerkschaften*, in: IG Metall (Hrsg.), *CAD/CAM und Humanisierung. Arbeitstagung der IG Metall 30.11./01.12.1983*, Frankfurt a. M. 1984, S. 41-58, hier S. 58.

pierte und die Folgen für die Arbeitswelt zu gestalten suchte. Stufen die Funktionäre die Mikroelektronik als Chance und/oder Risiko ein? Dabei lässt sich zeigen, dass die Rezeption weit über Fragen der Ergonomie oder der Arbeitsplatzsicherheit hinausging. Die Durchsetzung ihrer Mitbestimmungs- und Gestaltungsambitionen war für die IGM – vor allem in den 1980er Jahren – richtungsweisend für die weitere Entwicklung der bundesdeutschen Gesellschaft. Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatten um die Digitalisierung der Arbeit unter den Schlagworten „Arbeit 4.0“ und „Industrie 4.0“ liefert das Projekt einen Beitrag zur „Vorgeschichte der Gegenwart“.

Westdeutsche Gewerkschaften und der „Strukturbruch“. Die Politik des DGB, der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik und der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in den 1970er und frühen 1980er Jahren (Sebastian Voigt³⁹):

Das am IfZ und am ISB angesiedelte Vorhaben knüpft an die zeitgeschichtliche Debatte über die Wandlungsprozesse der 1970er und frühen 1980er Jahre an. Der Untersuchungsgegenstand ist zunächst der DGB, der als Dachverband primär seine Mitgliedsgewerkschaften auf politischer Ebene repräsentierte. Außerdem werden mit der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik (IG CPK) und der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) sowohl der industrielle Sektor als auch der Dienstleistungsbereich abgedeckt. Mit dieser Auswahl soll ein umfassendes Bild der westdeutschen Gewerkschaftslandschaft dieser Jahre gezeichnet werden. Dabei gilt es die Diskurs- und Wahrnehmungsebene systematisch mit der gewerkschaftlichen Politik und der betrieblichen Praxis zu verknüpfen.

Folgende Leitfragen strukturieren das Vorhaben: Wie nahmen, erstens, der DGB, die HBV und die IG CPK den Wandel von Gesellschaft und Wirtschaft im Untersuchungszeitraum wahr? Welche betriebs- und tarifpolitischen Schlussfolgerungen leiteten sie daraus ab? Zweitens, (wie) wirkte sich der Umgang mit den Veränderungsprozessen auf die innere Struktur der Verbände aus? Welche organisatorischen und programmatischen Anpassungen vollzogen sie? Wie gestaltete sich, drittens, das Verhältnis der Organisationen zur betrieblichen Ebene?

Dieses Forschungsdesign zielt auf mehrere Dimensionen des „Strukturbruchs“. Neben der Krisenwahrnehmung werden die jeweiligen gewerkschaftspolitischen Antworten auf die veränderte Situation und die daraus resultierenden Gestaltungsversuche herausgearbeitet. Zwei Tiefenbohrungen in Unternehmen der Banken- und Chemiebranche fokussieren die gewerkschaftliche Betriebspolitik;

³⁹ Dr. Sebastian Voigt, 2013 Promotion an der Universität Leipzig, seit 2013 wissenschaftlicher Mitarbeiter am IfZ, seit 2017 Koordinator des Graduiertenkollegs.

hier wird es auch um die Betriebsräte der Dresdner Bank in München und der Bayer AG in Leverkusen gehen. Der Umgang mit der Einführung neuer Technologien im Finanzsektor und der Chemieindustrie sowie deren Implikationen für die Arbeitsbedingungen werden ebenfalls untersucht. Damit verbindet das Projekt einen sozial- und kulturgeschichtlichen Blick auf die Gewerkschaften in den 1970er und frühen 1980er Jahren mit organisationsgeschichtlichen Fragestellungen.

Sebastian Voigt